



Interviews

Datum: 31. Januar 2024

Michael Roth im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Am Telefon ist Michael Roth (SPD), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Werra-Meisner/Hersfeld-Rotenburg in Hessen. Guten Morgen.

Michael Roth: Guten Morgen, Herr Heinemann! – Einen herzlichen Gruß aus Berlin.

Heinemann: Den erwidere ich gleich. – Nach Umfragen des Meinungsforschungsinstituts INSA befürchten 46 Prozent der Befragten einen russischen Angriff auf Deutschland. Inwiefern ist Deutschland, Herr Roth, von Russland bedroht?

Roth: Russland führt ja bereits heute nicht nur einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine, sondern auch gegen unsere europäische Sicherheitsordnung. Putins Imperialismus und Kolonialismus endet nicht in der Ukraine, sondern Russland hegt weiter imperiale Ansprüche in Mittel- und Osteuropa, und das hat Putin auch immer wieder in öffentlichen Äußerungen deutlich gemacht. Und er will sogar, dass die NATO sich auf den Stand von vor 1997 zurückzieht. Das heißt: Alle Staaten Mittelosteuropas, beispielsweise die baltischen oder auch Polen, die derzeit der NATO angehören, würden dann wieder seinem Einflussbereich eingezogen, und das ist eine akute Gefahr auch für unsere Sicherheit und darauf müssen wir uns entsprechend vorbereiten. Wir müssen nicht hysterisch werden, aber wir müssen alle Szenarien einplanen, und dazu gehört auch, dass der Imperialismus Russlands, was ich nicht hoffe, nicht gestoppt werden kann.

Heinemann: Was folgt daraus für die Finanzierung der Bundeswehr?

Roth: Dass wir noch mehr tun müssen. Der Bundeskanzler hat mit seiner Zeitenwende-Rede Mut und Entschlossenheit gezeigt. Mit dem Sondervermögen haben wir einen Pakt geschlossen im Deutschen Bundestag, der auf einer sehr breiten Mehrheit fußt. Ich bin der CDU/CSU als größte Oppositionspartei auch dankbar, dass sie hier auch ein klares Signal der Unterstützung ausgesendet hat. Und wir werden in den nächsten Jahren noch deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen müssen, damit die Ankündigung des Bundeskanzlers umgesetzt werden kann: Eine moderne, wehrhafte Bundeswehr, die dazu bereit und in der Lage ist, unsere freiheitliche und soziale Demokratie, unsere offene Gesellschaft vor den Feindinnen und Feinden zu schützen. Und das wird mehr Geld kosten!

Heinemann: Heißt das automatisch zweites Paket an Sonderschulden?

Roth: Ich bin jetzt kein Haushaltsexperte, aber wir brauchen mehr Geld. Der Vorteil des Sondervermögens bestand darin, dass wir über einen längeren Zeitraum Planungssicherheit haben und wir auch über einen möglichen Regierungswechsel, der in einer Demokratie ja nicht ausgeschlossen ist, einen entsprechenden Finanzbetrag zur Verfügung stellen. Und ich würde mir wünschen, wenn wir bei allem notwendigen Streit in der Sache zumindest bei dieser Frage, die ja auch viele Menschen ängstigt, wie können wir uns schützen vor dem russischen Imperialismus, dass wir da auch weiterhin im Deutschen Bundestag eine breite parlamentarische Mehrheit haben. Das könnte über ein Sondervermögen sein, wir könnten auch eine Zusicherung abgeben, dass wir den Verteidigungsetat deutlich aufstocken und das auch entsprechend frühzeitig in die Finanzplanung einpreisen. Ich will da gar nicht in die Details hineingehen, aber das Ziel, das sollte klar sein und das sollte auch von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werden und nicht nur von knappen Mehrheiten in der Ampel-Koalition.

Heinemann: Herr Roth, wenn Sie als Außenpolitiker feststellen, dass das so wichtig ist, wieso kann die Bundeswehr dann nicht ausreichend aus dem regulären Bundeshaushalt finanziert werden?

Roth: Wir haben ja festgestellt, dass es einen riesigen Modernisierungsbedarf gibt, und deswegen war es richtig, 100 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, und die werden uns auch ...

Heinemann: Die werden jetzt bald aufgebraucht sein.

Roth: Ja! Noch einmal: Und dann wird es darum gehen, dass wir entweder für die Modernisierung wieder ein Sondervermögen zur Verfügung stellen, oder – das wäre wahrscheinlich die einfachere Variante – jährlich dann deutlich mehr Geld im Verteidigungsetat zur Verfügung stellen.

Es geht ja nicht darum, dass wir jetzt abstrakte Zahlenakrobatik hier vorführen, sondern wir müssen die Zusagen einhalten, die wir gegenüber unseren internationalen Partnern gegeben haben, die wir der Bundeswehr gegenüber gegeben haben und die wir im Übrigen auch unserer eigenen Bevölkerung gegenüber gegeben haben.

Heinemann: Macht denn Ihre eigene Fraktion mit, wenn der Bundeswehretat steigen sollte, oder der Verteidigungsetat?

Roth: Ja, selbstverständlich!

Heinemann: Selbstverständlich?

Roth: Das ist alles mit den Stimmen meiner Kolleginnen und Kollegen beschlossen worden. Ich will aber auf ein Problem hinweisen und das ist kein SPD-Problem, das ist ein gesellschaftliches Problem. Die finanziell genurösen Jahre sind vorbei. Wir müssen deutlich sparen. Wir wollen jetzt noch einmal die Schuldenbremse einhalten. Und wenn wir wirklich in der Gesellschaft ein hohes Maß an Akzeptanz garantieren wollen – und das halte ich nach wie vor noch nicht für ausgemacht –, dann darf es nicht in irgendeiner Weise zu einem Konflikt kommen zwischen der sozialen Sicherheit, der inneren Sicherheit und der äußeren Sicherheit. Das heißt, es braucht auch Verlässlichkeit, und darauf legen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sicherlich zurecht Wert, dass wir nicht einerseits nur den Wehretat erhöhen und dann möglicherweise Kürzungen vornehmen bei Arbeitslosen, bei Rentnerinnen und Rentnern oder auch in Fragen von Bildung oder Infrastruktur.

Heinemann: Das mit dem höheren Wehretat hat jede und jeder in Ihrer Fraktion verstanden?

Roth: Das ist zweifellos schwierig, weil ich auch den Eindruck habe, dass in unserer Gesellschaft noch mehr darüber gesprochen werden muss. Wir dürfen uns da auch nicht wegducken. Ich versuche, meinen ganz bescheidenen Beitrag zu leisten, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern zu reden, dass das hier nichts mit Kriegstreiberei zu tun hat, und wir wollen auch nicht in irgendeine militärische Eskalation hineinschlittern, sondern ganz im Gegenteil. Das was wir tun, tun wir für Sie. Wir wollen, dass wieder nachhaltiger Frieden herrscht in Europa, und das geht nur, wenn wir den russischen Imperialismus stoppen, und das geht nur – und das tut mir jetzt leid, dass ich diese provozierenden Begriffe wieder verwenden muss – mit mehr Abschreckung und mit mehr Wehrhaftigkeit gegenüber einer Macht, die für sich entschieden hat, wir setzen unsere Interessen knallhart durch und notfalls auch mit militärischer Gewalt.

Heinemann: Herr Roth, was bedeutet es in diesem Zusammenhang, wenn Donald Trump im November zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt würde?

Roth: Das wäre dann die zweite Zeitenwende. Dann stünden wir nämlich in Europa, wenn er seinen Worten Taten folgen lässt, weitgehend blank da. Und ich bin sehr genervt und auch verärgert, dass wir in der Europäischen Union uns darauf noch nicht entsprechend vorbereiten. Noch hat der Typ nicht gewonnen, aber es besteht durchaus eine Chance, und das heißt, dass wir sowohl die militärische Unterstützung der Ukraine vermutlich weitgehend übernehmen werden müssen, und wir werden auch deutlich mehr tun für die Sicherheit und für den Frieden in ganz Europa. Das beziehe ich auf das östliche Europa, auf den Westbalkan, denn Trump hat angekündigt, das ist ihm alles egal, und wir werden das dann selbst schultern müssen, und das wird sehr, sehr schwierig werden.

Heinemann: Die EU habe sich noch nicht vorbereitet. Hat sich denn die deutsche Außenpolitik, haben Sie sich auf eine solche zweite Amtszeit vorbereitet und wenn ja wie?

Roth: Ich will jetzt hier nicht den Oberlehrer spielen. Ich bin nur der Auffassung, wir haben vier Trump-Jahre erlebt, und sollte er wirklich noch mal ins Amt kommen, die nächsten vier Jahre werden härter, aggressiver. Er hat inzwischen auch gelernt. Er hat ein Team, er hat Erfahrung. Diese Agenda, America First, die wird zu unseren Lasten durchgezogen.

Trump geht es ja nicht alleine nur darum, seine eigenen Interessen knallhart durchzusetzen, sondern er attackiert ja auch die liberale Demokratie, die freiheitliche Demokratie, und da sieht er in Europa einen potenziellen Gegner. Dieses Phänomen des Nationalismus und Populismus kennen wir ja nun leider nicht nur in den USA, sondern auch in Europa, wenn ich mal an Herrn Orbán denke und an andere nationalistische und populistische Bewegungen, die immer stärker werden, nicht zuletzt auch in Deutschland. Die AfD und auch dieses BSW, das sind sicherlich mit die größten Sicherheitsrisiken in Deutschland selbst.

Heinemann: Viktor Orbán haben Sie angesprochen. Beim bevorstehenden EU-Gipfel wird er sich voraussichtlich wieder querstellen, wenn es um die Hilfszusagen an die Ukraine geht. Da geht es um 50 Milliarden Euro. Wie kann diese Zusage gewährleistet werden?

Roth: Druck und Geschlossenheit. Anders geht es nicht. Das ist ein Spieler, jemand, der immer dann, wenn es um Einstimmigkeit geht, etwas rausverhandeln möchte. Ich finde, die EU muss jetzt auch mal ein Signal setzen. Die Ukraine braucht diese 50 Milliarden Euro und das dürfte nicht ausreichen, wenn wirklich Trump ins Amt kommt. Dann müssten wir deutlich

mehr tun. Wir müssen auch militärisches Gerät weltweit einkaufen, wir dürfen das nicht nur in Europa machen, damit die Ukraine schneller und besser versorgt wird. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass man Herrn Orbán jetzt mal ein klares Stoppschild aufstellt, nachdem wir auch wieder eine, der Demokratie und Europa verpflichtete Regierung in Polen haben, beispielsweise – hört sich jetzt ein bisschen technisch an – über das Artikel-sieben-Verfahren, dass man dann auch ihm sagt, du gefährdest unser aller Sicherheit, und dann können wir und müssen wir gegebenenfalls dir auch im Rat das Stimmrecht entziehen.

Heinemann: Herr Roth, aus aktuellem Anlass noch kurz einen Schwenk auf ein anderes Thema. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, das UNRWA, hat Terroristen beschäftigt. Die Bundesregierung hat die Zahlungen vorläufig eingestellt. Kann man diese Organisation überhaupt noch irgendwann mal wieder unterstützen?

Roth: Um das mal ganz klarzustellen: Es geht nicht um einen Streit um humanitäre Hilfe für die Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen. Die muss ausgebaut werden. Aber die UNRWA hat einen derartigen Glaubwürdigkeitsverlust. Die Vorwürfe, dass man direkt an den Terrorakten des 7. Oktober beteiligt ist, sind derart hart und weitgehend, dass die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen, aber auch dieser Organisation komplett verlorengeht. Wenn wir wirklich den Gazastreifen und Palästina, die palästinensischen Gebiete wieder aufbauen wollen, wenn wir wirklich zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommen wollen, dann brauchen wir eine Organisation, die glaubwürdig ist für alle Beteiligten, und ich kann mir das mit UNRWA sehr schwer vorstellen. Deswegen brauchen wir eine Reform an Kopf und Gliedern bei den UN und daran müssen wir uns auch aktiv beteiligen.

Ich habe immer nur ein Argument vernommen, das wiegt auch sehr schwer, dass wir kurzfristig die Hilfe nicht werden ersetzen können, aber wir in Deutschland stellen ja auch nur 39 Prozent unserer humanitären Hilfe für UNRWA zur Verfügung. Wir haben ja noch das Rote Kreuz und andere internationale Hilfsorganisationen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.